

BAG-Chefin will Überversorgung stoppen

Anne Lévy erklärt im Interview, woran sie im Gesundheitswesen arbeiten will.

Anna Wanner

Nicht nur Unterversorgung kann die Lebensqualität der Betroffenen beeinträchtigen, etwa wenn Arzttermine rar werden und psychische Erkrankungen nicht behandelt werden können. Auch Überversorgung gefährde die Patientensicherheit, wie Anne Lévy, Direktorin des Bundesamts für Gesundheit (BAG), erklärt. An den Trendtagen in Luzern vergangene Woche lancierte sie darum eine neue Initiative zur «angemessenen Versorgung». Basis bildet dafür der Schweizer Versorgungsatlas, der Gesundheitsbehandlungen je Kanton abbildet. «Ein Meniskus wird im Kanton Tessin nur etwa halb so häufig entfernt wie im Kanton Schwyz», er-

klärt Lévy vor versammelter Gesundheitsbranche. «Grosse Unterschiede gibt es auch bei Hüft- oder Hallux-Operationen oder bei der Abgabe von Beruhigungs- und Schmerzmitteln.»

Mehr Medizin ist nicht unbedingt besser

Manche Auffälligkeiten lassen sich durch das Verhalten der ansässigen Bevölkerung erklären. Beispielsweise gibt es einen Stadt-Land-Graben, wenn es um das Verhalten bei Krankheit geht. Die ländliche Bevölkerung nimmt tendenziell weniger Gesundheitsleistungen in Anspruch. Weil sich die Unterschiede häufig aber nicht medizinisch begründen lassen, will Lévy der Ursache auf den Grund gehen.

Klar ist einerseits, dass der Entscheid über eine Behandlung weiterhin bei den Fachleuten wie Ärzten liegen soll, wie Lévy im Interview mit dieser Zeitung sagt. Klar ist andererseits, dass die Kosten für Überversorgung häufig unnötig sind. Vor allem aber können zu viele Medikamente oder die Risiken einer Operation der Gesundheit auch schaden.

Im Gespräch führt Lévy aus, wie sie die Fehlversorgung bekämpfen will. Sie erklärt überdies, dass sie das elektronische Patientendossier nicht mehr missen will, wie sie den Fachkräftemangel im Gesundheitsbereich einschätzt und was sie von den Plänen ihrer neuen Chefin Elisabeth Baume-Schneider hält. 2/3